

Finanzausschuss einigt sich über Eckpunkte für den Rathausbau

ELKE HÖHNE

DAHLEWITZ Zum Rathausbau in Blankenfelde hat sich der Finanzausschuss der Gemeindevertretung Blankenfelde-Mahlow auf Eckpunkte in der Kostenfrage geeinigt. Anstatt der acht Millionen Euro, wie von der Verwaltung vorgeschlagen, stehen nun sechs zur Disposition. Die sollen reichen, um ordentliche Bedingungen für Verwaltung und Bürger zu schaffen.

Dabei geht der Ausschuss von einer Einwohnerprognose von 30 000 in Blankenfelde-Mahlow aus. Gleichzeitig akzeptiert er den Vorschlag der Gemeinde, den Mitarbeiterschlüssel künftig mit nur 2,9 anstelle jetzt 3,1 Mitarbeitern pro 1000 Einwohnern zu besetzen. Rund 100 Plätze (unter anderem auch für Lehrlinge und Teilzeitbeschäftigte) – in Doppel- oder Einzelzimmern – müssen daher für sie vorgehalten werden. Als Orientierung für die Kosten pro Quadratmeter einigte man sich auf 1500 Euro. In dem 6-Millionen-Limit enthalten sind auch mögliche Kosten für regenerative Energie-Nutzung.

Die Verwaltung hatte sich über eine mögliche Förderfähigkeit von Erdwärme informiert. Wie Dezernent Jörg Sonntag sagte, ergab eine Studie, dass die Betriebskosten bei Erdwärme immerhin um ein Drittel gegenüber herkömmlicher Systeme geringer ausfallen. Eine Förderung des Energiehauses, auch nur einzelner Module, sei jedoch von der Bank nicht zu erwarten. Stattdessen habe die Zukunftsagentur für Brandenburg Möglichkeiten für Beratung und Begleitung eines solchen Vorhabens signalisiert.

Die Idee, im neuen Rathaus eine Kfz-Zulassungsstelle zu installieren, scheint vom Tisch. Gemeindevertreter Gerhard Kalinka (Bündnis 90/Grüne) gab Aussagen des Landrates auf der Kreisausschuss-Sitzung wieder. Danach hege der Bund keinerlei Ambitionen, solche Stellen zu dezentralisieren.

Müssen fünf Teeküchen sein? Kann man nicht auf eine Besuchertoilette verzichten? Ist ein Ratssaal nötig? – Die Finanzausschussmitglieder hatten es sich bei diesem dicken Haushaltsbrocken nicht leicht gemacht. Dabei vertraten einige von ihnen eine solche Minimalvariante, wie Josef Uciecha (SPD) und Manfred Claus (PDS), die andere mit Sorge erfüllten. Nicht nur Jens Schlösser vom Bürgerbündnis Blankenfelde warnte vor einer "Budenkultur" und verwies darauf, dass es sich um eine solide Lösung für mindestens 20 Jahre handeln solle, die dem städtebaulichen Anspruch im Zusammenhang mit der Gestaltung des Bahnhofsvorplatzes in Blankenfelde gerecht werden solle. Schlösser regte zudem an, dabei Mittel für "Kunst am Bau" einzuplanen.

Quelle MAZ vom 2.2.07